



## Neues aus Berlin



**Sehr geehrte Damen und Herren,**

zugegeben - dieses Ja fiel mir schwer! An mehreren Stellen änderte der Deutsche Bundestag vergangene Woche das Grundgesetz.

Letztlich gab die Infrastrukturgesellschaft, die ebenfalls Gegenstand des Pakets war, den Ausschlag für meine Zustimmung. Es ist eine alte Forderung der CDU Baden-Württemberg, die Kompetenzen für den Bau von Autobahnen auf der Bundesebene zu bündeln und dafür eine eigene Gesellschaft zu gründen; so wie man es in Österreich vor Jahren mit der „Asfinag“ vorgemacht hat. Damit entfällt zukünftig der Hickhack zwischen Bund und Land im Rahmen der Auftragsverwaltung.

Die Neuregelungen zum Finanzausgleich unter den Ländern gehen m.E. aber in die falsche Richtung. Zukünftig gleichen nicht die Länder unter sich aus, sondern der Bund bezahlt an die Länder. Dass man Schulen in einen ordentlichen Zustand versetzt, dürfte wohl unstrittig sein. Man darf aber bezweifeln, ob dafür der

Bund zahlen soll, wenn dies eigentlich die Zuständigkeit der Länder betrifft. Gleiches gilt für das Verhältnis vom Bund zu den Kommunen; eigentlich hat der Bund verfassungsrechtlich keine direkten, eigenständigen Finanzbeziehungen zu den Kommunen. Gezahlt wird zukünftig trotzdem. Länder und Kommunen jubeln zwar jetzt über mehr Geld; sie gehen aber zukünftig mehr als bisher am goldenen Zügel des Bundes. Ich stimme Norbert Lammert zu; dies ist ein Schritt zu weniger Föderalismus und zu mehr Zentralstaat. Die Eltern des Grundgesetzes haben nach meiner festen Überzeugung etwas Anderes gewollt.

Schon die Nachfolger der jetzigen Ministerpräsidenten werden merken, dass sie mit dieser Reform der Verfassung zwar Geld gewonnen, aber Bedeutung verloren haben. Trotzdem einen schönen Start in den Sommer!

Herzliche Grüße aus Berlin

Ihr

### Bundestag beschließt Verbot von Kinderehen

Seit Monaten hatte die Union auf das Gesetz gedrängt, nun hat der Bundestag das Gesetz zum Verbot von Kinderehen verabschiedet. Mit dem neuen Gesetz gehören Ehen von Kindern unter 18 Jahren der Vergangenheit an. Sie sind künftig in Deutschland grundsätzlich verboten. Ehen mit unter 16-jährigen werden als nichtig erklärt und Ehen mit Jugendlichen im Alter von 16 bis 18 Jahren sollen fortan grundsätzlich per Gerichtsentscheidung aufgehoben werden. Außerdem sollen im Ausland geschlossene Ehen von Kindern nach deutschem Recht nicht mehr anerkannt werden. Einzige Ausnahme: Von einer Aufhebung kann nur in besonderen Härtefällen sowie dann abgesehen werden, wenn der minderjährige Ehegatte zwischenzeitlich volljährig geworden ist und die Ehe bestätigt. Mit dem Gesetz reagiert der Bundestag auf die steigende Zahl verheirateter minderjähriger Flüchtlinge, die nach Deutschland gekommen sind. Im vergangenen Jahr hatten einzelne Bundesländer eine dreistellige Anzahl verheirateter Minderjähriger unter den Flüchtlingen gemeldet. Linke und Grüne stimmten gegen die nun beschlossene Gesetzesänderung.

### Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Der Bundestag hat in der vergangenen Woche ein umfangreiches Gesetzespaket zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen beschlossen. Damit wird der Finanzausgleich zwischen den Ländern neu geregelt - der Bund kommt den Ländern finanziell weit entgegen und erhält dafür zusätzliche Beteiligungs- und Kontrollrechte. Kern des Gesetzespakets ist die Neuordnung des Bund-Länder-Finanzausgleichs nach dem Auslaufen der bisherigen Regeln und dem Ende des Solidarpakts II für Ostdeutschland. Nach der verfassungsrechtlichen Schuldenregel dürfen die Länder ab 2020 keine neuen Schulden mehr machen. Dafür erhalten sie jährlich knapp zehn Milliarden Euro vom Bund. Im Gegenzug bekommt der Bund mehr Kompetenzen und Kontrollmöglichkeiten. Teil des Pakets ist auch eine Lockerung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern bei den Schulfinanzen. So wurde die verfassungsrechtliche Grundlage dafür geschaffen, dass der Bund finanzschwache Kommunen bei der Sanierung von Schulen unterstützen kann - dafür sind rund 3,5 Milliarden Euro vorgesehen .



## Neues aus dem Wahlkreis

### Gastfamilien für Stipendiaten aus den USA gesucht

Bereits seit dem Jahr 1983 gibt das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) Jahr für Jahr jungen Deutschen die Möglichkeit, mit einem Vollstipendium ein Schuljahr in den USA zu erleben. Zeitgleich sind junge US-Amerikaner zu einem Austauschjahr zu Gast in Deutschland. Das PPP ist ein gemeinsames Programm des Deutschen Bundestages und des US-Kongresses, das die deutsch-amerikanische Freundschaft stärken möchte und jungen Menschen aus beiden Ländern die Gelegenheit bietet, sich auszutauschen und ein Netzwerk persönlicher Kontakte zu knüpfen. Durch die Unterbringung in einer Gastfamilie sind sie von Anfang an in die Kultur des Gastlandes eingebunden. Thomas Dörflinger engagiert sich für diesen interkulturellen Austausch und unterstützt die Austauschorganisation Experiment e.V. dabei, neugierige und weltoffene Familien zu finden, die ab September 2017 einen PPP-Stipendiaten als „Familienmitglied auf Zeit“ bei sich aufnehmen möchten. „Ich möchte die Familien in den Landkreisen Breisgau-Hochschwarzwald und Waldshut dazu ermutigen, einen der Stipendiaten bei sich aufzunehmen, denn diese Austausch Erfahrung ist für beide Seiten ein Gewinn,“ so Thomas Dörflinger. Mitte Mai 2017 durfte Dörflinger den US-Amerikaner Nikhil Patel verabschieden (Bild oben), der seit September 2016 in Buchenbach zu Gast war.



### Verkehrssituation am Gewerbepark Hochrhein

In seinem Antwortschreiben an Waldshut-Tiengens Oberbürgermeister Philipp Frank signalisiert der Bundestagsabgeordnete Thomas Dörflinger weitgehende Unterstützung für die Vorschläge, die der OB in seinem offenen Brief zur Verbesserung der gegenwärtig untragbar gewordenen Verkehrssituation an der B 34 zwischen Gewerbepark Hochrhein und dem Zollübergang Rheinbrücke in Waldshut gemacht hatte. Dörflinger schlägt nun vor, die einzelnen Themen an einem Runden Tisch mit allen politisch Verantwortlichen sowie den Experten aus Verwaltung und Polizei zu diskutieren. Dabei soll der Blick auf jene Maßnahmen konzentriert werden, die kurzfristig eine Verbesserung versprechen, ohne dabei die mittelfristige Perspektive wie die neue Rheinbrücke aus dem Auge zu verlieren. Die neue Rheinbrücke steht für die CDU zusammen mit ihrer schweizer Schwester CVP schon seit Jahren auf der Agenda. Die CVP hatte in der Vergangenheit im Großen Rat des Kantons Aargau mit dafür gesorgt, dass die neue Rheinbrücke im kantonalen Richtplan auf Stufe Vororientierung eingetragen wurde. Derzeit sieht es so aus, dass die neue Rheinbrücke nicht im Verfahren OASE (Ostaargauer Straßenentwicklung), sondern in einem

separaten Verfahren weiter untersucht werden soll. Thomas Dörflinger widerspricht in diesem Zusammenhang der Kritik der SPD-Abgeordneten Schwarzelühr-Sutter am Bundesverkehrswegeplan. „Erstens ist die Rheinbrücke in Laufenburg seinerzeit gebaut worden, ohne dass sie je in einem Bundesverkehrswegeplan gestanden hätte. Offenkundig ist also die Behauptung falsch, es bedürfe einer Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan. Zweitens kenne ich keine Initiative von Frau Schwarzelühr-Sutter im Deutschen Bundestag, die die Aufnahme der neuen Rheinbrücke Waldshut-Koblentz zum Ziel gehabt hätte. Die Kritik ist also nichts als vorgezogener Wahlkampf.“ Kritisch bewertet Dörflinger die Vorschläge von OB Frank zur Öffnung der Zollübergänge Laufenburg und Küssaberg für den Lkw-Verkehr. Dadurch würden Probleme nur verlagert, nicht aber gelöst. Zurückhaltung empfiehlt der Abgeordnete auch beim Thema Zollöffnungszeiten. Thomas Dörflinger: „Ich habe selbst vor einigen Jahren mit für die Erweiterung der Öffnungszeiten gesorgt; im Interesse der Spediteure und des Verkehrsflusses. Wenn wir die Öffnungszeiten reduzieren würden, bliebe der Andrang der Lkw, er fließe nur in weniger Stunden ab. Das Resultat wäre eine Verschlechterung der Situation.“



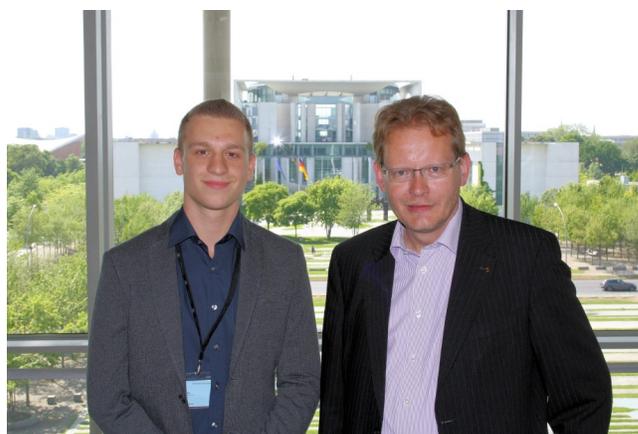
## Neues aus dem Wahlkreis

### Wettbewerb für ausgezeichnete Ausbildung

Unternehmen, Institutionen, Schulen und andere Initiativen können sich ab sofort wieder um die Auszeichnung „Ausbildungs-Ass“ bewerben. Mit dem Preis, den die Wirtschaftsjuvenen Deutschland gemeinsam mit den Junioren des Handwerks vergeben, wird besonderes Engagement in der Ausbildung ausgezeichnet. Die Auszeichnung wird bereits zum 21. Mal vergeben und ist mit Preisgeldern in Höhe von insgesamt 15.000,- Euro dotiert. Bewerben können sich Unternehmen und Handwerksbetriebe, die sich in hohem Maße für die Ausbildung einsetzen, sowie Schulen, Initiativen und Institutionen in Deutschland, die an außer-, überbetrieblichen oder schulischen Initiativen mitwirken. Die Schirmherrschaft übernimmt in diesem Jahr die Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, Brigitte Zypries. Die Auszeichnung wird am 23. Oktober 2017 im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie verliehen. Bewerbungen sind online bis zum 31. Juli 2017 möglich.

### Parlamentarische Demokratie spielerisch erfahren

Marc Winkle, 17-jähriger Schüler aus Titisee-Neustadt, nahm auf Einladung Thomas Dörflingers Ende Mai an dem mehrtägigen Planspiel „Jugend und Parlament“ teil. In diesem Planspiel simulieren die Jugendlichen in Fraktionen, Arbeitsgruppen, Ausschüssen und auch im Plenum die Arbeit der Abgeordneten.



### Termine unseres MdB (Auswahl):

- 13.06. Vortrag bei der GFGZ, Winterthur (CH)
- 15.06. Gespräch mit BPA-Besuchergruppe, Berlin
- 16.06. Jubiläum SV Rot-Weiß Glottertal, Glottertal
- 21.06. Öffentliche Anhörung EU-Ausschuss, Berlin
- 21.06. Gespräch der D-CH Parlamentariergruppe mit Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière
- 22.06. Gespräch mit serbischen Parlamentariern
- 03.07. Wunschkonzert der Stadtmusik Tiengen
- 07.07. Diskussion mit Schülerinnen und Schülern der Christliche Schule Hochrhein, Waldshut

### Sitzungswochen:

- 19.06. - 23.06.2017
- 26.06. - 30.06.2017



### Impressum/Kontakt:

Abgeordnetenbüro Berlin  
 Platz der Republik 1  
 D-11011 Berlin  
 Tel.: 030 227-73495  
 Fax: 030 227-76507  
 eMail: thomas.doerflinger.ma02@bundestag.de  
 Bildrechte: HTG, Badische Zeitung